

**Kai Wegner**

- (A) Zum einen sorgen wir dafür, dass mehr urbanes Grün in die Städte geholt wird. Grün steigert die Lebensqualität in bestimmten Bereichen, und da haben wir ganz viel Potenzial nach oben. Es steigert die Lebensqualität und ist wichtig im Hinblick auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Meine Damen und Herren, die Menschen fühlen sich in grünen Städten nicht nur wohler,

(Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

sondern sie fühlen sich auch sicherer. Gepflegte Grünanlagen steigern das Sicherheitsgefühl der Menschen. Deshalb ist es gut, dass wir mehr für Grün in den Städten tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mehr grüne Bürgermeister!)

– Ja, damit habe ich jetzt gerechnet. Das heißt aber nicht, dass wir mehr Grüne in den Städten brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, sondern wir brauchen Natur, Umwelt und Grün in den Städten,

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber das geht nur mit Grünen!)

und dafür sorgt diese Koalition, aber leider viel zu wenig die Opposition, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was machen Sie denn da?)

- (B) Zum anderen tun wir auch etwas – Herr Kühn, Sie haben das ja angesprochen – für die älter werdende Gesellschaft. Wir tun etwas zur Bewältigung des demografischen Wandels.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was denn? – Gegenruf des Abg. Volkmar Vogel [Kleinsaar] [CDU/CSU]: Die Programme „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“!)

Wir haben das Programm „Altersgerecht Umbauen“ aufgelegt.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie viel Geld ist da drin?)

Wir sorgen damit dafür, dass gerade ältere Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld, in ihrer vertrauten Umgebung wohnen bleiben können. Dafür sorgen wir mit unserem Programm.

Lieber Herr Kühn, ich würde mir wünschen, dass Sie mit der Leidenschaft, die Sie von der Regierung eingefordert haben, in Ihrer Partei dafür kämpfen, dass der Bundesrat endlich seine Blockade aufhebt, was die steuerliche Förderung der energetischen Sanierung und vieler anderer Sachen angeht. Kämpfen Sie dafür mit Leidenschaft! Uns haben Sie da an Ihrer Seite.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Sven-Christian

Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist ja lächerlich!) (C)

Meine Damen und Herren, wir haben noch das Thema Mieten. Dass wir uns auch darum kümmern müssen, ist gar keine Frage. Ich sage Ihnen: Die beste Antwort auf steigende Mieten, die beste Antwort auf Verdrängung, die droht und teilweise aus den zentralen Lagen an die Ränder auch stattfindet, die beste Antwort darauf ist Neubau. Bauen, bauen, bauen!

Diese Bundesregierung hat viele Maßnahmen auf den Weg gebracht; einige sind angesprochen worden. Ich will noch einmal daran erinnern, wie diese Regierung den sozialen Wohnungsbau fördert. Der Bund unterstützt die Länder mit 580 Millionen Euro. Das ist gut und richtig, aber ich wünschte mir, dass die Länder diese Mittel, die der Bund zur Verfügung stellt, dann auch für den sozialen Wohnungsbau einsetzen. Es darf nicht sein, dass die Mittel des Bundes in den Haushaltslöchern versickern. Nein, wir brauchen sozialen Wohnungsbau, und ich fordere die Länder auf, die Mittel des Bundes nicht nur einzusetzen, sondern auch noch zu verstärken. So können wir gemeinsam für preiswerte, für bezahlbare Mieten in unserem Land sorgen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich komme zum Schluss. Der Zustrom von Flüchtlingen – der eine oder andere Redner hat es schon angesprochen – treibt uns alle, wie ich glaube, mit Sorge um. Das muss auch so sein. Ich glaube, hier stehen zuallererst die Länder, dann aber auch der Bund in der Verantwortung. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Menschen würdig untergebracht werden, meine Damen und Herren. Ansonsten erzeugt das sozialen Sprengstoff. Das können wir nicht gebrauchen. Liebe Frau Ministerin, ich glaube, der Bund darf weder die Länder und erst recht nicht die Städte bei der Bewältigung dieser Herausforderung alleinlassen. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir hier noch stärker unterstützend wirken können. Ich wünsche mir tolle Beratungen. Ich freue mich auf die Ergebnisse am Ende. (D)

Eines wird aber deutlich, meine Damen und Herren: Nicht nur der Haushalt –

**Vizepräsident Johannes Singhammer:**

Herr Kollege Wegner, darf ich Sie an die Redezeit erinnern!

**Kai Wegner (CDU/CSU):**

– ist bei dieser Koalition in guten Händen, sondern insbesondere auch die Städtebauförderung ist bei der Großen Koalition in guten Händen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsident Johannes Singhammer:**

Für die CDU/CSU spricht jetzt der Kollege Karsten Möring.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**(A) Karsten Möring (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ministerin Hendricks, als Unionsfraktion stehen wir auch im Umwelt- und Bauhaushalt für gute und verlässliche Rahmenbedingungen, für die Umsetzung des Koalitionsvertrages und für haushaltspolitische Solidität in bewegten Zeiten. Es kann nicht oft genug betont werden, dass wir mit diesem Haushalt die Wende von der Zeit der roten Zahlen in die Zeit der schwarzen Zahlen begehnen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Viele Schwerpunkte sind bereits angesprochen worden. Ich möchte einige Aspekte hinzufügen, die mir wichtig sind und die, wie ich aus vielen Gesprächen weiß, auch andere Menschen bewegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema „altersgerechter Umbau“ ist jetzt drei- oder viermal angesprochen worden. Deswegen spare ich mir dasselbe. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass wir an diesem Beispiel sehr gut sehen können, wie wichtig Zuschussprogramme sein können und welche Nebenwirkungen sie für unsere Haushalte haben. Wenn wir durch den Umbau in alters- oder behindertengerechte Wohnungen nur 15 Prozent unserer pflegebedürftig werdenden Personen einen Umzug ins Heim ersparen oder diesen verzögern, bringt das pro Jahr im Sozialsystem eine Einsparung von ungefähr 3 Milliarden Euro. Das ist nicht unser primäres Ziel, aber das ist ein Argument dafür, dass wir bei der Auflegung von Zuschussprogrammen auch einmal darauf schauen können, welche weiteren positiven Effekte so etwas hat. Das sollten wir immer dann, wenn es um Finanzen geht, durchaus im Blick haben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Volkmar Vogel [Kleinsaara] [CDU/CSU]: Guter Hinweis!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die beste Nachricht des Tages ist die Feststellung der Vereinten Nationen, dass sich die Ozonschicht der Erde weiter regeneriert und eigenständig Ozon bildet, von dem wir wissen, dass es die krebserregende UV-Strahlung der Sonne abhält. Das ist Grund zur Freude und ein Ansporn für unsere Arbeit. Es zeigt vor allen Dingen eins: dass unsere in diesem Fall vor über zwei Jahrzehnten getroffenen Regelungen auch wirksam sind – eine sehr ermunternde und beflügelnde Feststellung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Obwohl die Luftreinhaltung in Deutschland erfreulicherweise bereits ein hohes Niveau erreicht hat, halten wir die Verringerung der Belastung weiter für notwendig. Im Sinne des Klimaschutzes und des Gesundheitsschutzes halte ich deswegen vor allen Dingen die Wiederaufnahme des Förderprogramms für Partikelminderungssysteme, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, für wichtig und möchte dafür auch nachdrücklich werben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mein Wunsch ist hier, dass wir im weiteren Haushaltsverfahren noch eine Lösung finden. Wir müssen

Feinstaub- und Stickoxidemissionen weiter zurückdrängen. Wir können aber nicht nur Maßnahmen allein zulasten der Autofahrer ergreifen. Viele Städte haben wie meine Heimatstadt Köln inzwischen Umweltzonen mit deutlichen Einschränkungen für den Straßenverkehr eingerichtet. Trotzdem reichen diese Maßnahmen oft nicht aus, vor allen Dingen vor dem Hintergrund zukünftig schärferer Grenzwerte. Wir wissen inzwischen, dass Baumaschinen einen nicht unerheblichen Anteil an den Emissionen haben – im städtischen Bereich rund die Hälfte der Emissionen aus dem Straßenverkehr. Dabei stellen insbesondere die sehr kleinen Partikel, die Rußpartikel, erhebliche Gesundheitsrisiken dar, weil sie aufgrund ihrer Größe geeignet sind, direkt über die Lunge in die Blutbahn zu geraten und dann dort bis ins Gehirn hinein Schäden anzurichten. Ich denke, dass wir hier mit einer Mischung aus Einsatzbeschränkungen, zum Beispiel in Umweltzonen, und einer Förderung der Filternachrüstung am schnellsten zu spürbaren Verbesserungen kommen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein besserer Lärmschutz für die Menschen liegt uns am Herzen, ein Thema, das wir in enger Abstimmung mit unseren Kolleginnen und Kollegen aus dem Verkehrsausschuss angehen, wo natürlich zuständigkeithalber auch der wesentlich größere Etatposten angesiedelt ist. Gerade in unserem dicht besiedelten, hochindustrialisierten und verkehrsreichen Land stellt der Lärm nach wie vor ein bedeutendes Umweltproblem dar. Da Lärm nicht nur belästigend ist, sondern auch gravierende gesundheitliche Schäden hervorrufen kann, ist eine nachhaltige Verminderung der Lärmbelastung, vor allem im Verkehrssektor, unser vorrangiges Ziel und wird sicher in der morgigen Debatte zum Verkehrshaushalt breiter dargestellt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

In meinem Wahlkreis sind es vor allem Fluglärm und Eisenbahnlärm, die für viele Menschen eine erhebliche Beeinträchtigung darstellen. Straßenlärm spielt dabei dank umfangreicher Lärmschutzmaßnahmen am Kölner Autobahnring eine nicht mehr so große Rolle.

Bei der Frage der Lärmbekämpfung wird oft beklagt, dass Lärm, je nach Quelle, unterschiedlich behandelt wird. Bei den erheblichen Mitteln, die wir insgesamt an den verschiedenen Stellen zur Lärmbekämpfung einsetzen, ist es, denke ich, an der Zeit, einmal genauer nachzuschauen, welcher Lärm in welcher Intensität welche Wirkungen erzeugt, damit wir die Mittel möglichst effektiv einsetzen können.

Ich schlage deshalb vor, dass wir uns über die Einrichtung eines Lärmkompetenzzentrums – so will ich es einmal nennen – des Bundes Gedanken machen, in dem die vorhandenen Informationen über die Lärmwirkung und die Lärmbekämpfung gebündelt und gewertet und Antworten auf offene Fragen, beispielweise bei der Lärmwirkungsforschung, gegeben werden können. Dafür braucht es nicht viele Haushaltsmittel, weil hier unter Rückgriff auf bereits bestehenden Sachverstand große Wirkungen und großer Nutzen für die Bürger erzielt werden können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Karsten Möring**

- (A) Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Trinkwasser ist ein Grundnahrungsmittel höchster Qualität – und das soll auch so bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen den Schutz der Gewässer vor Nährstoffeinträgen – Stichwort „Düngeverordnung“ – verstärken und Fehlentwicklungen korrigieren. Wir stehen in der Verantwortung, diesen Schutz vorsorgend und nachhaltig zu gewährleisten. Und weil wir beim Stichwort „Schadstoffeintrag“ sind, zum heiß diskutierten Thema Fracking nur eine kurze Bemerkung, Herr Kindler und andere: Wir werden bei den anstehenden Beratungen eine sachorientierte, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Lösung finden.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Geht es auch konkreter?)

Wir sind der Auffassung, dass wir bei diesem Thema vom Glauben zum Wissen kommen müssen, um eine vernünftige Entscheidung für die Zukunft treffen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was heißt das konkret?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben als Koalition klare Ziele: mehr Lebensqualität in Stadt und Land, in einer intakten Umgebung gut leben und bezahlbar wohnen können. Dafür wollen wir auch im Sinne kommender Generationen arbeiten. Es ist schön, dass wir heutzutage alle älter werden können. Wir wollen alles dafür tun, dass wir auch gesund älter werden können.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsident Johannes Singhammer:**

Sehr geehrter Kollege Möring, das war Ihre erste Rede hier im Deutschen Bundestag. Im Namen der Kolleginnen und Kollegen gratuliere ich Ihnen dazu und wünsche auch Ihnen viele weitere Beiträge hier im Hohen Hause.

(Beifall)

Nächster Redner ist der Kollege Dr. André Berghegger für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. André Berghegger (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit etwas beginnen, von dem ich nicht weiß – das sage ich mit einem Augenzwinkern –, ob es heute schon erwähnt worden ist. Als Haushälter möchte und werde ich dieses Thema natürlich ansprechen: Wir haben eine besondere Situation – das erste Mal seit 1969 legen wir einen ausgeglichenen Haushalt vor, ohne Aufnahme neuer Schulden. Ich denke, das kann nicht oft genug erwähnt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (C) Das hat für uns natürlich einen hohen Wert und oberste Priorität, und wir werden das in Zukunft verstetigen.

Frau Bluhm – Sie haben das im Vorfeld in der Presse und vorhin auch in Ihrer Rede erwähnt –, Sie fordern sinngemäß für diesen Etat mehr Taten statt Ankündigungen. So weit, so gut – aber dann hört die Zustimmung auch auf. Ich denke, dieser Haushalt liefert viele Beweise dafür, dass auch gehandelt wird, dass aktiv gestaltet wird. Ich denke, das ist gut so. Ich bin der Bundesregierung und der Ministerin dankbar dafür, dass erst nachgedacht, dann angekündigt und dann gehandelt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich möchte mich in meinem Beitrag auf den Wohnungs- und Baubereich beziehen, mit knapp 60 Prozent des Ausgabevolumens der größte Bereich dieses Etats. Aber der Haushalt an sich ist kein Selbstzweck, sondern er soll – das haben wir auch schon gehört – ein Stück weit Antworten auf gesellschaftspolitische Fragen liefern.

Eine wesentliche Beobachtung machen wir zurzeit im Bau- und Wohnungsbereich: Es gibt eine erhebliche Binnenwirkung in Deutschland. Einerseits gibt es einen großen Zuzug in den Ballungsgebieten und Universitätsstädten; der Wohnraum wird knapp und damit teurer. Andererseits gibt es Gebiete, in denen Leerstände entstehen, insbesondere im ländlichen Bereich. Aber summa summarum kann man, glaube ich, sagen: Es fehlen mindestens 250 000 Wohnungen pro Jahr.

- (D) Allein an dieser Beschreibung sieht man ja: Es wird in dieser Situation keine einheitliche, einseitige oder einfache Lösung geben, sondern es sind verschiedene Akteure und Maßnahmen für die verschiedensten Konstellationen gefragt.

Die Kommunen beispielsweise müssen sich anstrengen und weiter Bauland ausweisen. Die privaten Investoren aus der Bau- und Wohnungswirtschaft müssen sich im Neubau von Wohnungen engagieren.

Auch der Bund engagiert sich an verschiedensten Stellen. Als Erstes möchte ich das mehrfach genannte Wohngeld erwähnen. Es dient der Unterstützung einkommensschwacher Haushalte und ist ein Zuschuss zu den Wohnkosten. 130 Millionen Euro zusätzlich werden als Zuschuss zur Miete oder für selbst genutzten Wohnraum zur Seite gestellt. Bund und Länder teilen sich diese Ausgaben je zur Hälfte.

Mit der angekündigten Wohngeldreform werden die regional gestaffelten Miethöchstbeträge, die Anpassung an aktuelle Mieten und an die Einkommensentwicklung und die erwähnte Heizkostenkomponente umgesetzt. Dadurch wird die Zahl der Empfängerhaushalte für diese Leistungen nach der sinkenden Zahl in den letzten Jahren wieder auf über 900 000 steigen. Insgesamt werden rund 1,8 Millionen Menschen von dieser Leistung profitieren. Ich denke, das ist eine starke Leistung, auf die man auch immer wieder hinweisen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)